



Generalstaatsanwaltschaft Berlin
Pressestelle



BUNDESPOLIZEI

Bundespolizeidirektion Berlin
Pressestelle

Tel.: 9014-2470 Fax: 9014-2008 E-Mail: pressestelle@gsta.berlin.de	Tel.: 91144-4050 Fax: 204561-3902 E-Mail: presse.berlin@polizei.bund.de
---	--

Gemeinsame Meldung

Datum: 09.03.2021

Durchsuchungsbeschluss wegen des Verdachts des gewerbs- und bandenmäßigen Einschleusens von Ausländern vollstreckt

Berlin – Charlottenburg-Wilmersdorf:

Die Staatsanwaltschaft Berlin und die Bundespolizei sind am heutigen Dienstagvormittag gegen einen mutmaßlichen Schleuser vorgegangen. Dabei durchsuchten die Einsatzkräfte im Auftrag der Staatsanwaltschaft Berlin zwei Wohn- und Geschäftsräume in Berlin. Dem Beschuldigten wird gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen vorgeworfen. Er soll iranische Staatsangehörige, die über keine gültigen Dokumente oder Aufenthaltstitel verfügen, auf dem Luftweg in das Bundesgebiet geschleust haben.

Die Ermittler stellten umfangreiche Beweismittel, darunter diverse Dokumente, Speichermedien und Einladungsschreiben, sicher. Die Durchsuchungen erfolgten im Berliner Stadtbezirk Wilmersdorf.

Die seit Juni 2019 im Auftrag der Staatsanwaltschaft Berlin erfolgten intensiven Ermittlungen der Bundespolizeiinspektion Flughafen Berlin Brandenburg führten zum Beschuldigten, einem 49-jährigen iranischen Staatsangehörigen.

Er ist verdächtig in 59 Fällen, iranische Staatsangehörige, unter dem Vorwand als Musiker beruflich tätig zu werden, unter Ausstellung von Einladungsschreiben, eingeschleust zu haben. Mittels erschlichener deutscher Schengen Visa soll der Mann sowie derzeit noch unbekannte Täter dafür gesorgt haben, dass diese Personen in Deutschland über den ehemaligen Flughafen Berlin-Schönefeld einreisen konnten.

In 18 Fällen konnte die Schleusung durch die ermittelnden Beamten im Verlauf der Einreise nach Deutschland bereits verhindert werden. Nach Angaben der Geschleusten mussten diese bis zu 15.000 Euro für die Schleusung bezahlen.

Die sichergestellten Beweismittel werden nun ausgewertet, die Bearbeitung dauert an. An den heutigen Durchsuchungen waren rund 30 Beamte der Bundespolizei beteiligt.